



Inhalt

Seite 1

Campus

- 2 Universität kontrovers: Ausschnitte aus der aktuellen Debatte
- 4 Open Uni 2009 – Es ist so weit!
- 5 Career Center: Vorstellung des neu eingerichteten Qualifizierungsangebotes für Nachwuchswissenschaftler/innen
- 6 Neue Studiengänge an der Universität Hamburg
- 8 „Potenziale herausragender Forscherinnen nutzen...“: Förderzusage aus dem Professorinnenprogramm des Bundes
- 9 Handelsblatt BWL-Ranking 2009: BWL-Forschung in Hamburg weiterhin auf Spitzenniveau
- 10 Nanotechnologie made in Hamburg
- 12 Hochschulsport Hamburg: Präventionsprogramm für Mitarbeiter/innen
- 13 OLAT – eine neue eLearning-Plattform an der Universität Hamburg
- 15 Besuch am CERN
- 16 Kooperation der Universität Hamburg und der Staatlichen Universität St. Petersburg Arbeitsprogramm für die Jahre 2009–2011

Interview

- 17 Interview mit Dr. Elke Grittmann, Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft
- 20 Europa-Interview mit Prof. Dr. Armin Hatje



Die Armillarsphäre auf dem Dach des Hauptgebäudes der Universität
Foto: UHH/Michael Heitmann

Universität kontrovers: Ausschnitte aus der aktuellen Debatte

Zurzeit herrscht reger Meinungs austausch in den öffentlichen Medien zur inneruniversitären Debatte an der Universität Hamburg. Keine Woche vergeht ohne eine neue Stellungnahme der unterschiedlichen Beteiligten. Im Folgenden wird versucht, die Positionen und den Verlauf der Diskussion zumindest in Teilen wiederzugeben.

Einige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden überrascht gewesen sein, als am Mittwoch, den 27. Mai, ein offizieller Brief des Präsidiums in ihr E-Mail-Postfach einging. Die „Stellungnahme des Präsidiums“ betraf den Rücktritt mehrerer Mitglieder aus dem Akademischen Senat (AS) und wollte einige Presseberichte der vergangenen Wochen geraderücken.

Am 25. Mai hatten Mitglieder der Hochschulliste „Eule der Minerva“ ihren Rücktritt aus dem Akademischen Senat erklärt. Das Präsidium respektierte die Entscheidung der Zurückgetretenen, bedauerte sie jedoch ausdrücklich, bedauerte zugleich aber auch, dass zuvor nicht das Gespräch gesucht worden sei.

Woran hatte sich der Konflikt entzündet? In der Erklärung der Mitglieder der Liste „Eule der Minerva“ heißt es hierzu, dass man die Mitwirkungsmöglichkeiten des AS an der akademischen Selbstverwaltung der Universität eingeschränkt sehe: 1. Es sei nicht genug Zeit eingeräumt worden, um eine angemessene Stellungnahme des AS zur Novellierung des Hamburger Hochschulgesetzes zu ermöglichen. 2. Auch in Hinblick auf den Struktur- und Entwicklungsplan der Uni (STEP) sei zu wenig Zeit für die Stellungnahme eingeräumt. Und 3. sehe man die Entscheidung des Fakultätsrates bei der Bestellung des Dekans der Fakultät für Geisteswissenschaften vom Präsidium nicht respektiert.

Der Fakultätsrat der Geisteswissenschaften hatte sich Anfang Mai für den Theologieprofessor Hans-Martin Gutmann als neuen Dekan ausgesprochen, das Präsidium diese Wahl jedoch nicht bestätigt. Da die Bestellung des Dekans laut Hamburgischem Hochschulgesetz der Zustimmung beider Seiten bedarf, liegt nun eine Patt-Situation vor, aus der als Nächstes ein Ausweg gesucht werden muss.

Inzwischen hat die reguläre Sitzung des Akademischen Senats am 28. Mai stattgefunden, an der zunächst auf Antrag der Präsidentin die Verlegung des Tagesordnungspunktes „Vorbereitung einer Stellungnahme zum Entwurf eines Struktur- und Entwicklungsplans der Universität“ auf die nächste Sitzung des AS am 9. Juli beschlossen wurde, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Vorlage des STEP-Entwurfs wegen letzter Abstimmungen mit den Fakultäten erst kurz vor der Sitzung erfolgte. Für die Verspätungen, mit denen nicht gerechnet worden war, entschuldigte sich die Präsidentin ausdrücklich.

„Wir sind sehr darum bemüht, alle verantwortlichen Beteiligten rechtzeitig in die Entscheidungsfindung einzubeziehen und selbstverständlich sollen alle Mitglieder des Akademischen Senats ausreichend Zeit bekommen, den STEP zu kommentieren, bevor der Hochschulrat im Sommer entscheidet“, so Frau Auweter-Kurtz.

Ebenfalls zu Beginn der Sitzung des AS betonte die Kanzlerin Dr. Katrin Vernau, dass die Versendung der Unterlagen zur Novellierung des Hochschulgesetzes rechtzeitig erfolgte, nämlich plangemäß am 20. April an alle Mitglieder des AS. Der zuständige Ausschuss habe wie vorgesehen getagt und eine Vorlage erarbeitet, über die in der Sitzung des AS am 28. Mai schließlich auch abgestimmt wurde. Vorgegeben war dieser Zeit-



rahmen vom politischen Prozess: einerseits durch den Zeitpunkt der Zuleitung des Gesetzesentwurfs durch die BWF an die Universität zur offiziellen Stellungnahme am 16. April und andererseits durch die vom BWF gesetzte Frist für das Einreichen der Stellungnahme der Universität am 29. Mai, hieß es seitens der Kanzlerin.

Doch auch an anderer Stelle ist es in diesen Tagen zu einer Kontroverse gekommen: Am 25. Mai hatten drei Professoren der Fakultät für Geisteswissenschaften in einer Mail die Professorenschaft dazu aufgerufen, dem Hochschulrat die Abwahl der Präsidentin vorzuschlagen. In dem begleitenden Brief hieß es, dass „sich die Universität Hamburg [in kurzer Zeit] zu einer autoritär geführten Einrichtung entwickelt“ habe und man daher eine „Rückkehr zu kooperativem und kollegialem Verhalten“ für geboten halte. Doch erst am 9. Juni soll der Brief an den Hochschulrat übergeben werden, wenn bis dahin ausreichend Unterschriften gesammelt wurden.

Noch weitere Parteien meldeten sich zu Wort, am 26. Mai zunächst drei ehemalige Vizepräsident/inn/en der Universität. Aus ihrem an die Chefs der Bürgerschaftsfraktionen gerichteten Brief wurde bekannt, dass man auf die Politik dringe, Strukturen der Entscheidungsfindung an der Universität zu korrigieren, die in der vergangenen Legislaturperiode geschaffen wurden und zum Abbau der akademischen Selbstverwaltung geführt haben.

Neben den Dekanen, die sich mit der Bitte um Versachlichung am 29. Mai an die Presse wandten, stärkte in einer offiziellen Stellungnahme auch der Hochschulrat der Präsidentin demonstrativ den Rücken. Die Dekane, namentlich Prof. Dr. Graener wies darauf hin, dass unterschieden werden müsse zwischen dem, was den politischen Rahmenbedingungen geschuldet sei, und inneruniversitären Problemen, die zwischen den Beteiligten, dem Präsidium, den Dekanaten und den Fakultäten, zu klären seien.

Zuletzt veröffentlichten studentische Mitglieder der Fakultätsräte am 3. Juni einen Offenen Brief an die Dekane. Darin werden diese aufgefordert, sich von ihrer in der Presse veröffentlichten Position zu distanzieren und klar Stellung zu nehmen zu den in der Öffentlichkeit diskutierten Konflikten.

Zahlreiche Interviews wurden in der Kontroverse auch mit der Universitätspräsidentin geführt, in denen sie zu den Vorwürfen wie auch der Forderung nach Rücktritt Stellung nahm. Hier wie da betonte Frau Auweter-Kurtz, dass ein Reformprozess, wie er derzeit an der Universität Hamburg im Gange sei, erwartungsgemäß zu Konflikten führe. Auseinandersetzungen und Widerstand seien zu erwarten gewesen und wichtig für den Prozess als ganzen, aber auf gar keinen Fall dürfe man daraufhin den Reformprozess an sich in Frage stellen, der vor allem dazu gedacht sei, die Universität für die Zukunft noch besser aufzustellen.

Es sei bedauerlich, dass der Eindruck entstanden sei, ein Dialog mit dem Präsidium sei nicht möglich. Ein direkter Austausch sei in aller Interesse, so Auweter-Kurtz, in Zukunft solle noch entschiedener das Gespräch mit den Beteiligten gesucht werden. Für die Sommermonate kündigte sie hierfür Besuche in den Fachbereichen an.

Die Diskussionen dauern an...

Red.



Ansprechpartnerin:

Gaby Gahnström,
Universität Hamburg Marketing GmbH
t. 040.42838-7592
e. openuni@uni-hamburg.de
www.open-uni-hamburg.de

Open Uni 2009 – Es ist so weit!

Die letzten Vorbereitungen für den großen Forschungstag an der Universität Hamburg laufen: Am 13. Juni ist es so weit: Alle sind herzlich eingeladen, hinter die Kulissen der Universität zu schauen und sich an einem reichhaltigen Programm voller Abwechslung zu erfreuen.

Beeindruckend – schon jetzt – ist das Engagement der einzelnen Fakultäten, die mit Veranstaltungen unterschiedlichster Art und Couleur aufwarten, so dass ein unterhaltsames und farbenfrohes Programm zusammengestellt werden konnte.

In den letzten Tagen hat die Open-Uni-Plakatkampagne die Aufmerksamkeit der Hamburger/innen auf die Großveranstaltung an der Universität gelenkt und so wird es viele Neugierige auf den Campus ziehen.

Open Uni ist ein Forschungstag für die breite Öffentlichkeit – aber auch ein Angebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den eigenen Arbeitsplatz einmal aus einer ganz anderen Perspektive kennenzulernen. Familien, Freunde und Nachbarn sind am 13. Juni ebenso willkommen wie Sie selbst!

Falls Sie selbst sich als Lotse/Lotsin an diesem Tag beteiligen möchten, wäre Ihnen nicht nur die Dankbarkeit der Besucher und Besucherinnen sicher – Sie können auch mit einem Freizeitausgleich rechnen. Wenden Sie sich gern an openuni@uni-hamburg.de für weitere Informationen.

Ansonsten gilt: Genießen Sie einfach das vielfältige Programm!



Foto: Anne Kadisch

Kontakt:

Dr. Krista Schölzig
Career Center
Universität Hamburg
Monetastr. 4
20146 Hamburg

t. 040.42 838-5673

e. krista.schoelzig@uni-hamburg.de

**Career Center:
Vorstellung des neu eingerichteten Qualifizierungs-
angebotes für Nachwuchswissenschaftler/innen**

Seit Ende des vergangenen Jahres bietet das Career Center der Universität auch Kurse der außerfachlichen Weiterqualifizierung für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Förderung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses nimmt einen hohen Stellenwert an unserer Universität ein, dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Handlungsanforderungen für Wissenschaftler/innen an Hochschulen immer komplexer werden.

Die erfolgreiche Arbeit als Wissenschaftler/in hängt eben nicht allein von der fachlichen Qualifikation, sondern zusätzlich von einer Reihe anderer, außerfachlicher Kompetenzen ab.

Um in Lehre und Forschung überzeugen zu können, sind neben didaktischen und fachlichen Kompetenzen verstärkt auch jene Fähigkeiten gefordert, die für beratende, betreuende, planende und entwickelnde sowie organisierende Tätigkeiten benötigt werden. Hierzu gehören u.a. kommunikative, aber auch rhetorische Fertigkeiten, das Beherrschen von Präsentationstechniken, Moderationskompetenz, Teamentwicklungs- und Führungskompetenz, Konfliktkompetenz sowie ein effektives Zeitmanagement.

Karriereförderung an der Universität

Das Hauptziel des Angebots liegt in der Unterstützung der individuellen Karrierechancen und -perspektiven von Nachwuchswissenschaftler/innen, selbstredend profitiert aber auch die Universität von der Weiterqualifizierung ihrer Wissenschaftler/innen. Personen, die neben fachlicher Expertise auch hohe Kompetenzen in den oben genannten Bereichen aufweisen, tragen wertvolles Potential für die Wissenschaft und Forschung in sich und leisten hierüber mittelbar auch einen positiven Beitrag für die Organisationskultur bzw. -entwicklung unserer Universität.

Schon bestehende Aktivitäten und Maßnahmen der außerfachlichen Qualifizierung sollen daher durch ein koordiniertes, interdisziplinär ausgerichtetes Angebot des Career Center ergänzt werden. Aktuell wird an einem kohärenten Konzept für ein strukturiertes und koordiniertes Programm gearbeitet, das fachliche Besonderheiten ebenso wie Bedürfnisse unterschiedlicher Karrierestufen berücksichtigen und eine entsprechende Differenzierung der Angebote aufweisen wird.



Die Bewerbung für das Wintersemester 2009/10 ist vom 1. Juni bis zum 15. Juli 2009 möglich.

Neue Studiengänge an der Universität Hamburg

Im Wintersemester 2009/10 starten an der Universität Hamburg insgesamt zehn neue, interdisziplinäre Studiengänge. Die Fakultäten für Rechtswissenschaft sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bieten zwei Bachelor of Laws (LL.B.) an, die MIN-Fakultät zwei neue Master: Integrated Climate System Sciences und Mathematische Physik, und der Fachbereich VWL die neuen Masterstudiengänge Politics, Economics, Philosophy und Economics (M.Sc.). Die Bewerbung für das Wintersemester 2009/2010 läuft seit 1. Juni.

Die vier neuen Bachelorstudiengänge der MIN-Fakultät – **Mensch- Computer-Interaktion, Software-System-Entwicklung, Computing in Science und Nano-Science and Technology** – wurden an dieser Stelle bereits vorgestellt. Weitere Informationen finden Sie hier.

Die neuen Studiengänge sind alle international ausgerichtet und interdisziplinär angelegt, darüber hinaus zeichnen sie sich dadurch aus, dass sie sich verstärkt an konkreten Anforderungen der Praxis orientieren.

Kurzbeschreibung der Studiengänge

Masterstudiengang Integrated Climate System Sciences (M.Sc.)

Der interdisziplinäre und englischsprachige M.Sc.-Studiengang ist die Antwort auf den drängenden Bedarf an Experten mit profunden Kenntnissen zum Klimasystem. Er ist an der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften und an der School of Integrated Climate System Sciences (SICSS) des KlimaCampus angesiedelt. Das 2-jährige Studium verbindet die ozeanographischen, meteorologischen, geophysikalischen und weitere geowissenschaftliche Grundlagen des Klimasystems und integriert ökonomische und sozialwissenschaftliche Expertise.

[Weitere Informationen...](#)

Masterstudiengang Mathematische Physik (M.Sc.)

In den letzten Jahrzehnten hat das enge Zusammenspiel von Mathematik und Physik zu rapiden Fortschritten und vielen neuen Anwendungen geführt. Der interdisziplinäre und forschungsorientierte Studiengang führt insbesondere hin zu modernen Anwendungen der Mathematik in Stringtheorie, Kosmologie und Teilchenphysik. Gemeinsam mit leitenden Wissenschaftlern der Theoriegruppe des Deutschen Elektronen-Synchrotron (DESY) bieten das Zentrum für mathematische Physik (ZMP) und der Sonderforschungsbereich 676 „Teilchen, Strings und das frühe Universum“ ein aktives Forschungsumfeld für diesen Masterstudiengang.

[Weitere Informationen...](#)



Masterstudiengang Politics, Economics, Philosophy (M.Sc.)

Der interdisziplinäre, englischsprachige Masterstudiengang Politics, Economics, Philosophy wird vom Fachbereich Volkswirtschaftslehre in Kooperation mit dem Fachbereich Politikwissenschaften ausgerichtet. Angesprochen sind Studierende, für die die systematische Analyse von Entscheidungssituationen eine optimale Vorbereitung für eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Sektor oder bei Verbänden und nichtstaatlichen Organisationen darstellt.

[Weitere Informationen...](#)

Masterstudiengang Economics (M.Sc.)

Das forschungsorientierte englischsprachige Masterprogramm Economics richtet sich an Absolventen wirtschaftswissenschaftlicher, ingenieurwissenschaftlicher oder mathematisch-naturwissenschaftlicher Studiengänge, die sich für eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft, dem öffentlichen Dienst oder internationalen Organisationen qualifizieren wollen. Um die Internationalisierung der Ausbildung zu gewährleisten, haben Studierende die Möglichkeit, das zweite Semester im renommierten Scottish Graduate Program in Economics an der Universität Edinburgh zu verbringen.

[Weitere Informationen...](#)

Bachelorstudiengang Arbeits- und Sozialmanagement mit Schwerpunkt Recht (LL.B)

Der interdisziplinär angelegte Studiengang wird von der Fakultät für Rechtswissenschaft gemeinsam mit der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften angeboten. Im rechtswissenschaftlichen Teil des Studiums erfolgt eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung in den Grundlagen des Zivilrechts und des Öffentlichen Rechts sowie im Arbeits- und Sozialrecht. Im wirtschaftswissenschaftlichen Teil werden Kenntnisse in Volkswirtschaftslehre und Unternehmensführung ebenso vermittelt wie etwa in Bilanzen und Statistik. Der Studiengang wendet sich an Studierende, die sich für eine Tätigkeit bei Sozialversicherungsträgern oder in Unternehmen interessieren.

[Weitere Informationen...](#)

Bachelorstudiengang Finanzen und Versicherung mit Schwerpunkt Recht (LL.B)

Die Finanz- und die Versicherungsbranche gehören zu den am stärksten rechtlich regulierten Wirtschaftsbereichen. Um in diesen Märkten erfolgreich bestehen zu können, sind sowohl fundierte juristische als auch fundierte wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse erforderlich. Der interdisziplinäre Studiengang vermittelt Grundlagen des Zivilrechts und des Öffentlichen Rechts sowie der Betriebswirtschaft mit einer inhaltlichen Spezialisierung in den Feldern Finanzen und Versicherung.

[Weitere Informationen...](#)



V.l.: Prof. Dr. Astrid Böger, Vizepräsidentin Prof. Dr. Gabriele Löscher und die Gleichstellungsbeauftragte der Universität Hamburg Prof. Dr. Monika Bullinger

Foto: UHH, RRZ/MCC, Arvid Mentz

„Potenziale herausragender Forscherinnen nutzen...“: Förderzusage aus dem Professorinnenprogramm des Bundes

Die Universität Hamburg hat im Professorinnenprogramm sehr erfolgreich abgeschnitten. Das vom BMBF initiierte Programm zielt darauf, die Karrierechancen junger Wissenschaftlerinnen zu verbessern und die Anzahl von Frauen auf Professuren nachhaltig zu erhöhen. Das BMBF bewertete nicht nur das Gleichstellungskonzept der Universität besonders positiv, auch die von der Universität eingereichten Anträge überzeugten. Nun geht eine erste Förderzusage an die Universität Hamburg für die Berufung der Amerikanistin Prof. Dr. Astrid Böger.

Frau Böger hat in Bremen, Düsseldorf und an der Duke University, North Carolina studiert, in Düsseldorf promoviert und an der Radboud Universität Nijmegen gelehrt, bevor sie an die Universität Hamburg berufen wurde. Sie forscht zur U.S.-amerikanischen Literatur und Kultur der Gegenwart mit einem Schwerpunkt auf transnationaler visueller und populärer Kultur. „Wir freuen uns sehr, dass wir eine so qualifizierte und international ausgewiesene Philologin gewinnen konnten“, so Vizepräsidentin Prof. Dr. Löscher.

Das Professorinnenprogramm

Bund und Länder einigten sich auf ein Programm, das bis 2012 200 neue Stellen für Professorinnen an den deutschen Hochschulen schaffen soll. Dafür steht ein Gesamtvolumen von 150 Millionen Euro zur Verfügung, je zur Hälfte vom BMBF und den Ländern finanziert. Hochschulen erhalten auf der Grundlage einer positiven Begutachtung ihres Gleichstellungskonzeptes die Möglichkeit, bis zu drei Berufungen von Frauen auf unbefristete W2- und W3-Professuren für fünf Jahre mit einem Betrag von bis zu 150.000 Euro pro Jahr finanzieren zu lassen.

Durch das Programm werden sowohl so genannte Vorlaufprofessuren (im Vorgriff auf eine künftig frei werdende oder zu schaffende Stelle) als auch Regelberufungen gefördert. Bei der Förderung einer Regelberufung sieht die Bund-Länder-Vereinbarung vor, dass die Mittel, die dabei frei werden, für die Durchführung zusätzlicher Gleichstellungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Mit den aus der Förderung von Regelprofessuren resultierenden Mitteln werden, so der Beschluss des Präsidiums, jeweils Vorlaufprofessuren finanziert. Darüber hinaus wurde im Rahmen des Gleichstellungskonzeptes entschieden, zusätzliche Mittel zur Besetzung von weiteren Vorlaufprofessuren bereitzustellen. Damit hat jede Fakultät die Möglichkeit eine Vorlaufprofessur einzurichten. Inzwischen haben alle sechs Fakultäten Ausschreibungen für Vorlaufprofessuren auf den Weg gebracht.

Erfolgreiche Gleichstellungsarbeit an der Universität Hamburg

Die Universität Hamburg hat in den vergangenen Jahren den Anteil der Frauen am wissenschaftlichen Personal und an Professuren systematisch steigern können. Der Frauenanteil an Professuren gehört bundesweit zu den höchsten: 23 % im Jahr 2007. Dennoch: Zu den weiteren Zielen der Universität gehört es, diesen Anteil noch zu verbessern. Spitzenbewertungen erhielt die Universität nicht nur im CEWS-Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten von 2007, auch die Bewertung des BMBF im Herbst 2008 fiel außerordentlich positiv aus: Von 113 Hochschulen, deren Gleichstellungskonzepte begutachtet wurden, wurden 79 positiv bewertet, aber nur 7 schafften es in die Spitze: darunter die Universität Hamburg.



Ausblick auf den WiWi-Bunker

Foto: Achim Schäpermeier

Kontakt:

Prof. Dr. Michel Clement
Lehrstuhl für Marketing
und Medienmanagement
Fakultät für Wirtschafts-
und Sozialwissenschaften

Von-Melle-Park 9
20146 Hamburg

e. michel.clement@uni-hamburg.de

Handelsblatt BWL-Ranking 2009 BWL-Forschung in Hamburg weiterhin auf Spitzenniveau

Das kürzlich erschienene Handelsblatt BWL-Ranking 2009 weist die betriebswirtschaftliche Forschung an der Universität Hamburg auf Platz fünf in Deutschland aus. Die Ergebnisse untermauern damit die gewichtige wissenschaftliche Stellung der Universität, die bereits im letzten Forschungsranking des Centrums für Hochschulentwicklung 2008 festgestellt wurde.

Im CHE-Forschungsranking wurden insbesondere die Zunahme der nationalen und internationalen Publikationen sowie die Anzahl der Promotionen positiv bewertet. Das aktuelle Handelsblatt-Ranking vertieft in diesem Zusammenhang die Bewertungsdimension der nationalen und internationalen Publikationen. Bewertungsgrundlage für die Forschungsleistung der rund 2.100 BWL-Professoren in Deutschland, Österreich und der Schweiz ist die Zahl der veröffentlichten Aufsätze in 761 internationalen Fachzeitschriften. Durchgeführt wurde das Ranking im Auftrag des Handelsblatts vom Thurgauer Wirtschaftsinstitut (TWI) an der Universität Konstanz.

Während die beiden forschungstärksten Einrichtungen im deutschsprachigen Raum aktuell in Österreich und der Schweiz liegen, wurde im vergangenen Jahr in Deutschland lediglich an den Universitäten Mannheim, Frankfurt/Main, Köln sowie an der WHU in Koblenz stärker auf internationaler Ebene publiziert als in Hamburg.

Ein großer Anteil der Publikationen in Hamburg entsteht dabei durch die Zusammenarbeit mit Unternehmen oder durch länderübergreifende Projekte, z. B. mit den Universitäten Groningen, Harvard, PennState und der Wharton School (University of Pennsylvania). Beide Arten der Kooperation prägen den wissenschaftlichen Alltag in Hamburg. Während die Nähe zu zahlreichen Unternehmen vor allem auf direkt umsetzbare Ergebnisse abzielt, werden durch wissenschaftliches Team-Building auf internationalem Niveau häufig auch forschungstheoretische Ansätze verfolgt und Grundlagenforschung betrieben.

Die Vielfalt der im Ranking vertretenen betriebswirtschaftlichen Teildisziplinen spiegelt die breite Aufstellung der BWL in Hamburg wider. Forschungsstärkster Professor ist Prof. Dr. Henrik Sattler vom Institut für Marketing und Medien, gefolgt von Prof. Dr. Stefan Voß (Wirtschaftsinformatik), Prof. Dr. Hartmut Stadtler (Logistik und Transport), Prof. Dr. Michel Clement (Marketing und Medien) sowie PD Dr. Christiana Weber (Personal und Organisation).

Während die Bewertung des Handelsblatt-Rankings sich an international gängigen Standards zur Evaluierung wirtschaftswissenschaftlicher Forschung orientiert und damit die Hamburger Forschung als robust und hochwertig ausweist, dürfen die Kritikpunkte aus Studierendensicht daneben nicht vernachlässigt werden. Im CHE-HochschulRanking von 2005 werden die Studienbedingungen im Bereich BWL nur unterdurchschnittlich bewertet. Neben exzellenter Forschung sollte an Universitäten auch immer eine vergleichbar gute Lehre unter möglichst guten Bedingungen betrieben werden. Der Aufwand hierfür an der Universität Hamburg ist, u. a. aufgrund der hohen Studierendenzahlen, ungleich höher als an vielen – auch aktuell besser bewerteten – Universitäten. Das Erreichen einer solchen dualen Exzellenz und die Verankerung in der Wahrnehmung der Studierenden sollte daher weiterhin das primäre Ziel sein. [Die gesamte Studie finden Sie hier.](#)



Foto: CAN GmbH

Kontakt:

Centrum für Angewandte
Nanotechnologie (CAN) GmbH
Frau Nadja Zakrzewski
Grindelallee 117
20146 Hamburg
t. 040.42 838-4983
e. info@can-hamburg.de
www.can-hamburg.de

Nanotechnologie made in Hamburg

Immer kleiner, immer schneller – die Nanotechnologie beschäftigt sich mit der Forschung und Konstruktion in sehr kleinen Strukturen: Ein Nanometer entspricht einem millionstel Millimeter. In Hamburg genießt die Clustertechnologie einen hohen Stellenwert und wird mit der CAN GmbH gezielt gefördert.

An der Universität Hamburg wird seit gut 15 Jahren sehr erfolgreich im Bereich Nanostrukturen geforscht. Diese Forschungsaktivitäten mündeten Ende 2005 in die Gründung des Centrums für Angewandte Nanotechnologie (CAN GmbH), einer gemeinsamen Einrichtung der Universität Hamburg, der Freien und Hansestadt Hamburg sowie einem Trägerverein, in dem sich namhafte Unternehmen und Organisationen zusammengeschlossen haben. CAN arbeitet an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, insbesondere an der Nutzbarmachung neuer Erkenntnisse aus der chemischen Nanotechnologie und der Nanoanalytik.

Durch die enge Anbindung an die Hamburger Universitäten und Forschungseinrichtungen greift die CAN GmbH mit ihren mittlerweile 27 Mitarbeiter/inne/n auf ein regionales Netzwerk international renommierter Forscher in den Bereichen Nanowissenschaften, Nanotechnologie und Life Sciences zurück. „Die Universität Hamburg und die CAN GmbH arbeiten sehr eng und intensiv zusammen – räumlich, personell und fachlich. Voraussetzung für den Erfolg der Einrichtung ist die schnelle und unkomplizierte Zusammenarbeit in den Projekten zwischen den Wissenschaftlern und Mitarbeitern am CAN und der Universität“, so Prof. Dr. Horst Weller, wissenschaftlicher Leiter der CAN GmbH.

Kleinste Teile für große Wirkung in der Medizin

Nanoteilchen und -strukturen bestimmen längst viele Alltagsprodukte. Sie sorgen auf der Oberfläche von Endoprothesen dafür, dass diese gut im Knochen einwachsen. Nanotechnologie findet sich aber auch in Sonnenschutzmitteln und Lackpolituren. Die größten Potenziale liegen für die CAN GmbH jedoch in den anspruchsvollen Gebieten der Medizin, insbesondere der Entwicklung neuer Biomarker und Diagnostika, mit denen sich Krankheiten früher und präziser als bisher vorhersagen und behandeln lassen können.

In Kooperation mit der Universität Hamburg wurde im Bereich nanomedizinischer Forschung die Produktserie CANdots® entwickelt. Hierbei handelt es sich um fluoreszierende Nanopartikel – auch Quantum Dots genannt –, die aufgrund eines von der CAN GmbH patentierten Herstellungsverfahrens eine außerordentlich hohe Reproduzierbarkeit im

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Vergleich zu herkömmlichen Fluoreszenzmarkern aufweisen. „CANdots verändern ihre physikalischen Eigenschaften mit der Partikelgröße und diese können wir reproduzierbar genau einstellen“, resümiert CAN-Geschäftsführer Dr. Frank Schröder-Oeynhausen. Mit der Produktgruppe erhält die CAN GmbH Zugang zu einer Vielzahl von Anwendungen – in der medizinischen Diagnostik und Optoelektronik.

Hamburger Senat bestätigt die erfolgreiche Arbeit am CAN

Ihre Aufbauphase hat die CAN GmbH erfolgreich abgeschlossen. Dies bestätigte eine Evaluierung im vergangenen Jahr durch ein unabhängiges Expertengremium. Demnach trägt die CAN GmbH wesentlich dazu bei, das in Hamburg vorhandene Grundlagenwissen in der Nanotechnologie besser und schneller zu verwerten. Auf dieser Grundlage haben der Hamburger Senat und die Hamburger Bürgerschaft Ende 2008 entschieden, das Projekt fortzusetzen. Von 2009 bis 2012 investiert Hamburg insgesamt 4,4 Mio. Euro.

[Weitere Informationen zur CAN GmbH...](#)

**Ansprechpartnerin:**

Karin Nentwig
Hochschulsport Hamburg
Mollerstraße 10
20148 Hamburg
t. 040.428 38-6869
e. nentwig@sport.uni-hamburg.de
www.hochschulsport-hamburg.de

Hochschulsport Hamburg: Präventionsprogramm für Mitarbeiter/innen

Am 10.6. starten Kurse für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Universität, die besonders dazu geeignet sind, einen Ausgleich zu arbeitsbedingten Belastungen zu schaffen. Das Kursprogramm unterstützt die Bemühungen der Universität, Maßnahmen zur Gesundheitsförderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umzusetzen.

Beachfitness: In diesem Kurs werden Ausdauer, Koordination, Kraft und Entspannungsfähigkeit im Sand trainiert. Das Herz-Kreislauf-System verbessert sich, durch spielerisch koordinative Übungen wird das Muskel-Skelett-System stabilisiert. Die Rumpfmuskulatur wird gestärkt und muskuläre Dysbalancen werden ausgeglichen. Das alles reduziert gesundheitliche Risiken. Die durchgeführten Übungen sind alltagsnah und orientieren sich an den Belastungen der eines bewegungsarmen Arbeitsalltag. Dieser Kurs macht „Fit für den Alltag“. Zur Anmeldung...

Nordic Walking – nach der Arbeit rund um die Alster: Ausdauersport hat einen positiven Effekt auf das Herz-Kreislauf-System, baut Stress ab, stärkt das Immunsystem und steigert das allgemeine Wohlbefinden. Gerade für Mitarbeiter mit überwiegend sitzender Tätigkeit bietet Nordic Walking einen guten Ausgleich. Zur Anmeldung...

Rücken-Präventions-Training: Dieser Kurs beugt gezielt Rückenschmerzen vor. Besonders bei einseitigen Tätigkeiten im Alltag können muskuläre Unausgeglichheiten (sog. Dysbalancen) in der Muskulatur und in der Haltung entstehen. Mit einer Vielzahl unterschiedlichster Übungen wird die Koordination und Kraft verbessert, die Beweglichkeit gesteigert und die Freude an der Bewegung angeregt. So werden Beschwerden vorgebeugt und schon vorhandene Probleme gelindert.

[Zur Anmeldung...](#)



V.l.: Dr. Angela Peetz und Britta Handke-Gkouveris vom Zentralen eLearning-Büro

Foto: UHH/red

Kontakt:

Dr. Angela Peetz
Zentrales eLearning-Büro (ZeB)
der Universität Hamburg
Schlüterstraße 64
20146 Hamburg

t. 040.428 38-7258
e. ZeB@uni-hamburg.de

OLAT – eine neue eLearning-Plattform an der Universität Hamburg

Seit Sommersemester 2009 steht den Lehrenden und Studierenden der Universität Hamburg ein neues, leistungsfähiges und modernes eLearning-Managementsystem zur Verfügung: OLAT (Online Learning And Training). Damit liegt eine webbasierte, einfach zu bedienende Lernplattform vor, die es erlaubt, Lern- und Lehrmaterialien effizient zu organisieren und online anzubieten.

Die Open-Source-Software OLAT wurde an der Universität Zürich entwickelt und feiert in diesem Jahr bereits seinen 10. Geburtstag. Seither ist die Software nicht nur im Jahr 2000 mit dem renommierten MeDiDa-Prix, sondern – erst vor wenigen Wochen – mit dem „Leadership Award 2009 for Best Open Source Learning Platform“ in Barcelona ausgezeichnet worden.

OLAT löst das bisher genutzte, kommerzielle Produkt Blackboard ab, das nur noch bis April 2010 an der Uni betrieben wird. Das Auslaufen des Lizenzvertrags mit dem Blackboard-Anbieter wurde genutzt, um auf eine Open-Source-Software umzusteigen, die bei gleicher Leistungsstärke nicht nur kostengünstiger, sondern auch flexibler und dynamischer in der Entwicklung ist, da sich prinzipiell weltweit Programmierer an der technischen Weiterentwicklung beteiligen können.

Kooperationsvereinbarung zwischen den Universitäten Hamburg und Zürich

Die Einführung von OLAT wurde im Februar 2009 vom Präsidium der Universität Hamburg beschlossen und vom Zentralen eLearning-Büro in enger Zusammenarbeit mit dem Regionalen Rechenzentrum umgesetzt. Begleitend wurde im März 2009 ein Kooperationsvertrag mit der Universität Zürich über die Nutzung und den Betrieb der Plattform geschlossen. Damit wird u.a. sichergestellt, dass Erfahrungswerte, die an der Universität Hamburg in der Benutzung von OLAT gewonnen werden, in die weitere Entwicklung von OLAT einfließen. OLAT wird von der Universität Hamburg allen Hamburger Hochschulen zur Nutzung in Forschung und Lehre zur Verfügung gestellt.

In der derzeitigen Pilotphase sind an der Universität Hamburg bereits 1085 Nutzer/innen angemeldet, davon ca. 150 als Autor/innen oder Co-Autor/innen von Kursen und anderen Lernressourcen. Zu den Pilotkursen gehören z.B. die Veranstaltungen Staatsrecht I (372 Studierende), Biopsychologie (336 Studierende), Mathematik (74 Studierende) und Virtuelle Kompetenzen – vom eLearner zum eTutor (10 Studierende).



Was leistet OLAT?

OLAT bietet insbesondere die Möglichkeit, Kurse sehr individuell und flexibel zu gestalten, und eignet sich daher für die Umsetzung vielfältiger didaktischer Lernszenarien. Die Vorzüge von OLAT im Überblick:

- Modularer Aufbau von Lernangeboten mit Kursbausteinen wie z.B. Wikis, Foren, Chat, Materialordner, Klausurfunktion, Einschreibungs- und Bewertungstools
- Einfache Bedienung mit WYSIWYG-Editor (d.h. Anzeige bei Eingabe und Bearbeitung entspricht dem Aussehen der Ausgabe)
- Kurs- und Gruppenübergreifender Lernressourcenpool; je nach Gestaltung der Zugriffsrechte durch die Autoren stehen Lernressourcen auch für andere OLAT-Autor/innen oder für alle registrierten OLAT-Benutzer/innen oder sogar für Gäste der eLearning-Plattform im Sinne von Open Access zur Verfügung
- Möglichkeit der Einbindung vieler externer Formate und Medien (Word, pdf, Flash etc.)
- Skalierbarkeit für große Nutzerzahlen
- Weiterentwicklung mit Blick auf die Bedürfnisse großer europäischer Hochschulen und didaktischer Freiheit
- Hoher Internationalisierungsgrad (nutzbar in 26 Sprachen)
- Flexible Nutzung ohne limitierende Lizenzverträge.

eLearning an der Universität Hamburg

Das Zentrale eLearning-Büro der Universität Hamburg unter der Leitung von Dr. Angela Peetz, eLearning-Beauftragte der Universität Hamburg, begleitet den Prozess der Einführung von OLAT und der Ablösung des bisherigen eLearning-Systems Blackboard mit einem umfassenden Support- und Schulungsangebot. Die Migration von Lehr- und Lerninhalten in das neue System wird durch ein studentisches Team unterstützt.

Das Zentrale eLearning-Büro ZeB wurde im Rahmen des fakultätsübergreifenden eLearning-Strukturprojektes eLBase1 im Juli 2008 am Präsidium der Universität Hamburg eingerichtet. Ziel ist es, die nachhaltige Integration digitaler Medien in alle Kernprozesse von Lehre und Studium an der Universität Hamburg zu verwirklichen und damit die Umsetzung der im Jahr 2006 formulierten eLearning-Strategie der Universität Hamburg effektiv voranzutreiben. eLearning-Angebote sollen als selbstverständlicher Bestandteil des Student Life Cycle in Curricula und Prüfungsordnungen integriert werden.

Gern steht Ihnen das Team des ZeB bei allen Fragen rund um das Thema eLearning zur Verfügung.



V.l.n.r.: Die Professoren Graener, Virdee, Kurtz, Auweter-Kurtz, Schleper und Klanner vor dem CMS-Detektor

Foto: UHH/red

Kontakt:

Prof. Dr. Robert Klanner
Institut für Experimentalphysik

t. 040.89 98-25 58 / 22 08

e. robert.klanner@desy.de

Besuch am CERN

Auf Einladung des CERN-Generaldirektors Prof. Rolf-Dieter Heuer besuchte Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Monika Auweter-Kurtz gemeinsam mit dem Dekan der MIN-Fakultät Prof. Dr. Heinrich Graener am 22. Mai das Europäische Kernforschungszentrum CERN in Genf. Begleitet wurden sie von den Hamburger Professoren Haller, Klanner und Schleper sowie Hamburger Studierenden, die an CERN-Experimenten arbeiten.

Besichtigt wurde das CMS-Experiment am LHC-Speicherring (LHC = Large Hadron Collider) zu dem Hamburger Wissenschaftler maßgeblich beitragen. Am 27 km langen LHC werden bei bisher im Labornicht erreichten Energien Protonen auf Protonen geschossen. Damit kann der Zustand der Materie, wie er in Bruchteilen einer Sekunde nach dem Urknall geherrscht hat, nachgestellt werden. Es wird erwartet, dass bei diesen hohen Energien neue Teilchen erzeugt werden, die Fragen nach dem Ursprung der Masse und der fundamentalen Kräfte beantworten können. Prof. Tejinder Virdee, Leiter der CMS-Kollaboration, in der mehr als 2000 Wissenschaftler aus 40 Ländern zusammenarbeiten, erklärte den gigantischen CMS-Detektor, der sich in einer Kaverne 120 m unter der Oberfläche befindet.

Im zentralen Beschleunigerkontrollraum gab es ein Treffen mit Dr. Oliver Brüning, der in Hamburg studiert und promoviert hat und nun in leitender Stelle in der Beschleunigerabteilung des CERN arbeitet. Er konnte mitteilen, dass nach dem Unfall im September 2008, der zum Ausfall des Beschleunigers führte, inzwischen alle supraleitenden Magnete wieder eingebaut sind und die Vorbereitungen für den Beginn des LHC-Betriebs mit Teilchen für diesen Herbst in vollem Gange sind.

Mit Dr. Jean-Pierre Delahaye, der am CERN Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zu Elektron-Positron-Linear-Collidern leitet, gab es weiterführende Diskussionen zur Bedeutung von Beschleunigern für Industrie und Wissenschaft, zur Ausbildung von Beschleunigerphysikern, wo Hamburg ein weltweit wichtiges Zentrum ist, und zu innovativen Beschleunigerkonzepten.

Zwischen der Universität Hamburg und CERN gibt es seit vielen Jahren eine enge Zusammenarbeit. Ziel des Besuchs war es nicht zuletzt, Möglichkeiten zu erörtern, wie diese fruchtbare Zusammenarbeit weiter gestärkt und auf Gebiete außerhalb der experimentellen Teilchenphysik ausgeweitet werden könnte. Im Vordergrund stand dabei, möglichst vielen Hamburger Nachwuchswissenschaftler/inne/n und Studierenden internationale Erfahrungen und Einblicke in das hochspannende Großexperiment zu ermöglichen.



v.l.n.r.: Dr. Nikolaj G. Skworzow (Prorektor für Forschung), Prof. Dr. Konstantin K. Chudolej (Prorektor für Internationale Beziehungen, beide Staatliche Universität St. Petersburg), Prof. Dr.-Ing. H. Siegfried Stiehl (Vizepräsident für Forschung und Internationales, UHH)

Kontakt:

Dr. Torsten Szobries
Universität Hamburg
Abteilung Internationales
t. 040-428 38-72 85
e. [torsten.szobries@
verw.uni-hamburg.de](mailto:torsten.szobries@verw.uni-hamburg.de)

Kooperation der Universität Hamburg und der Staatlichen Universität St. Petersburg: Arbeitsprogramm für die Jahre 2009–2011

Hamburg–St. Petersburg, eine erfolgreiche Partnerschaft auch im Bereich der Wissenschaft: Seit 1975 besteht die Kooperation zwischen der Universität Hamburg und der Staatlichen Universität St. Petersburg (damals noch: staatliche Zhdanov-Universität Leningrad). Allein 2000 Hochschullehrer/innen, wissenschaftliche Mitarbeiter/innen und Studierende haben in dieser Zeit an einem Austausch teilgenommen. – Eine beachtliche Bilanz, die im Rahmen des neuen Arbeitsprogramms für die Jahre 2009–2011 weiter gefördert werden soll.

Am 24. April unterzeichneten daher Prof. Dr.-Ing. H. Siegfried Stiehl, Vizepräsident für Forschung und Internationales der Universität Hamburg, und Prof. Dr. Konstantin K. Chudolej, Prorektor für Internationale Beziehungen der Staatlichen Universität St. Petersburg, ebendort das Arbeitsprogramm für die Jahre 2009–2011.

Das aktuelle Programm sieht die wissenschaftliche Zusammenarbeit in 11 Fächern von Äthiopistik bis theoretischer Physik vor, zum ersten Mal sind auch der fachübergreifende Austausch von Studierenden für einsemestrige Studienaufenthalte und der Austausch von Verwaltungspersonal vertraglich verankert.

Vizepräsident Stiehl betonte, dass die Partnerschaft zwischen den beiden Universitäten nicht nur weiter gepflegt, sondern auch strategisch weiterentwickelt werden soll: „Insbesondere die junge Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie die Studierenden müssen von solchen universitären Kooperationen profitieren.“ Auch um außeruniversitäre Unterstützung soll geworben werden, um die Partnerschaft in der Zukunft noch zu festigen und auszubauen.

Das Treffen endete mit einem viel versprechenden Ausblick auf das 35-jährige Jubiläum des Austauschprogrammes zwischen den großen Universitäten der Partnerstädte St. Petersburg und Hamburg im kommenden Jahr. vielen Hamburger Nachwuchswissenschaftler/innen und Studierenden internationale Erfahrungen und Einblicke in das hochspannende Großexperiment zu ermöglichen.



Dr. Elke Grittmann

Kontakt:

Dr. Elke Grittmann
Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft
Allende-Platz 1
20146 Hamburg
e. elke.grittmann@uni-hamburg.de
www

Interview mit Dr. Elke Grittmann, Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft

Eine Studie des Instituts für Journalistik und Kommunikationswissenschaft erregte in den vergangenen Wochen die Aufmerksamkeit der Medien. Es geht um die Folgen der Konzentrationsbewegungen, die derzeit bei Regionalzeitungen – und nicht nur dort – zu beobachten sind.

Frau Grittmann, die Studie, die Sie anlässlich einer Tagung in Schwerin Anfang Mai vorgestellt haben, ist in den Medien auf große Resonanz gestoßen. Sowohl die taz als auch der NDR haben die Ergebnisse Ihrer Studie aufgegriffen und diskutiert. Worum geht es in der Untersuchung?

In der Studie geht es darum, ob sich die Zusammenlegung und die Kürzung der Ressourcen auf Vielfalt und Qualität der Berichterstattung auswirkt. Die verstärkte ökonomische Ausrichtung der Tageszeitungsverlage auf Kosten der Qualität wird schon seit längerem von Journalisten thematisiert. Wie in der ganzen Bundesrepublik stehen die Tageszeitungsredaktionen auch in Norddeutschland massiv unter Druck, viele Stellen werden abgebaut, Redaktionen zusammengelegt.

Konkret haben wir uns die Frage gestellt, ob es durch die Zusammenlegung von zwei Mantelredaktionen [Redaktionen, die den überregionalen Teil einer Zeitung produzieren, die Red.], der Ostsee-Zeitung in Mecklenburg-Vorpommern und den Lübecker Nachrichten in Schleswig-Holstein, zu einem lediglich graduellen inhaltlichen Verlust von Vielfalt kommt. Häufig wird ja behauptet, dass die Themen sowieso relativ ähnlich seien, das wollten wir überprüfen. Oder ob es sich um einen deutlichen Verlust von Vielfalt im Vergleich zur Berichterstattung der anderen Zeitungen in den beiden Bundesländern handelt, wenn die Berichterstattung vereinheitlicht wird.

Auch haben wir uns die Qualität der Berichterstattung anhand einiger Indikatoren angeschaut, die wir für die Regionalzeitungen für besonders wichtig betrachten. Dazu zählen beispielsweise die journalistische Sorgfalt in der Berichterstattung, die Einordnung und Erklärung von Geschehnissen für die Leserinnen und Leser oder die analytische Tiefe der Berichterstattung. Das haben wir mit einer systematischen und quantitativen Inhaltsanalyse der sechs großen Zeitungen in den beiden Bundesländern untersucht.

Wie erklären Sie sich das große Interesse der Medien?

Im ersten Moment war ich überrascht, da wir beim Preetag der Journalistenverbände in Schwerin zunächst einmal nur erste Ergebnisse präsentiert haben. Wenn man sich jedoch die allgemeine Entwicklung



der Tageszeitungen und die öffentliche Diskussion über deren Zukunft anschaut, erklärt sich eigentlich das große Echo.

Seit wir mit der Studie im Herbst letzten Jahres begonnen haben, hat das Thema jedoch noch einmal deutlich an Brisanz gewonnen: Im Herbst 2008 hat einer der größten Zeitungsverlage in Deutschland, die WAZ-Gruppe in Essen, angekündigt, dass sie rund 300 Stellen in den Redaktionen abbauen will und hat den Bezug der Nachrichtenagentur dpa gekündigt. Die ehemals eigenständigen Wirtschaftstitel von Gruner + Jahr werden seit März von einer gemeinsamen Redaktion produziert, in Mecklenburg-Vorpommern wurden ebenfalls zwei Mantelredaktionen zusammengelegt. Die Frage nach den Folgen dieser Konzentration und der Verringerung von Ressourcen für die Meinungsvielfalt und Qualität der Zeitungen ist daher im Moment wieder aktuell.

Dann haben Sie die allgemeine Diskussion zum Anlass für Ihre Studie genommen oder wie kam es zu der Studie?

Angestoßen wurde die Studie zum einen konkret durch eine Anfrage der Journalistenverbände in Mecklenburg-Vorpommern, dort wie auch in Schleswig-Holstein sind die Tageszeitungen von dieser Entwicklung besonders stark betroffen. Ausgangspunkt war der Eindruck, dass sich die Veränderung der Rahmenbedingungen nicht nur auf die Journalisten, sondern inzwischen auch auf Qualität und Vielfalt der Zeitungen und des Zeitungsmarktes auswirkt. Darüber wird ebenfalls seit längerem öffentlich diskutiert. Systematische Analysen lagen dazu noch nicht vor.

Entscheidend war auch, dass wir im Fach in den letzten Jahren neue methodische Herangehensweisen entwickelt haben, die sich für die Überprüfung eignen, bislang aber noch nicht in dieser Form für die Untersuchung dieser Frage genutzt wurden. Daher war es in beiderlei Hinsicht eine wissenschaftliche Herausforderung, das Thema aufzugreifen und zu untersuchen.

Die Hans-Böckler-Stiftung hat das Projekt unterstützt. Im Wintersemester habe ich dann ein Lehr-Forschungs-Projektseminar angeboten. Das Forschungsdesign der Studie haben die Studierenden gemeinsam mit mir konzipiert, eine großartige Leistung der Gruppe.

Worin sehen Sie die Bedeutung gerade der regionalen Tageszeitung?

Sie haben nicht nur eine Informations-, sondern auch eine Orientierungsfunktion: Neben der Regionalberichterstattung müssen sie Themen überregionaler Bedeutung für ihre Leserschaft, für ihre Region entsprechend gewichten und aufbereiten. Das lässt sich nicht delegieren. Entscheidungen auf Bundesebene können für Schleswig-Holstein eine ganz andere Relevanz besitzen als für Mecklenburg-Vorpommern.



Die von uns gewählten Indikatoren zur Messung von Qualität wie beispielsweise die Einordnung von Geschehnissen, Hintergrundberichterstattung und analytische Tiefe sind für überregionale Tageszeitungen inzwischen ganz entscheidende Kriterien, um sich in der Medienkonkurrenz zu behaupten. Bei den regionalen Tageszeitungen lässt sich das nicht beobachten, im Gegenteil. Es besteht die Gefahr, dass die Zeitungen die öffentliche Aufgabe nicht erfüllen, aber auch weiter Leserinnen und Leser verlieren, wenn das nicht geleistet wird.

Wenn ich das richtig verstehe, so überschneiden sich die Verbreitungsgebiete der sechs untersuchten Tageszeitungen nicht. Warum ist es Ihrer Ansicht nach dennoch so wichtig, dass es in der überregionalen Berichterstattung zu keiner Konvergenz kommt, sondern eine möglichst große Vielfalt der Berichterstattung herrscht?

Ja, das ist richtig. Bei den Zeitungen, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, handelt es sich weitgehend um Monopolzeitungen bzw. gibt es viele Kreise, in denen der Leserschaft lediglich eine regionale Tageszeitung zur Verfügung steht. Vielfalt ist damit schon im Regionalen nicht gewährleistet. Wenn nun auch noch die überregionale Berichterstattung vereinheitlicht wird, schwindet die publizistische Vielfalt insgesamt. Für die politische Kultur eines Bundeslandes zum Beispiel hat das schon eine gewisse Relevanz. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die schon erwähnte Orientierungsfunktion für eine Region noch geleistet werden kann.

Und was sind die Schlüsse, zu denen Sie kommen?

Unsere erste Auswertung hat ergeben, dass es durch die Zusammenlegung von Redaktionen zu einem deutlichen Verlust von Vielfalt kommt. Auch die Qualität der Zeitungen weist durchgehend Defizite auf. Wir können keinen einfachen Kausalzusammenhang herstellen, aber angesichts der Entwicklungen in den Redaktionen kommen wir zu dem Schluss, dass die Bedingungen in den Redaktionen zumindest mit ausschlaggebend dafür sind. Das ist insofern fatal, als sich die Tageszeitungen nach unserer Einschätzung nur durch eine bessere Qualität weiter behaupten können.

Werden Sie die Ergebnisse veröffentlichen, eventuell sogar die Studie noch vertiefen?

Auf jeden Fall ist das geplant. Wir haben ja erst einmal die zentralen Befunde vorgestellt. Eine ausführliche Publikation mit der ausführlichen Darstellung unserer theoretischen Überlegungen und vor allem vertiefenden und differenzierten Analysen und der Ergebnisse ist jetzt in Vorbereitung.

Frau Grittmann, haben Sie vielen Dank für das Gespräch!



Prof. Dr. Armin Hatje in seinem Büro
Foto: Lukas Kilian

Kontakt:

Prof. Dr. Armin Hatje
Universität Hamburg
Fakultät für Rechtswissenschaft
Europäisches Gemeinschaftsrecht
Schlüterstraße 28
20146 Hamburg
www

Europa-Interview mit Prof. Dr. Armin Hatje

Am 7. Juni hat Europa gewählt. Lukas Kilian vom Jura-Magazin nahm die Wahl zum Anlass, sich mit dem Europarechtsexperten Prof. Dr. Armin Hatje zum Interview zu treffen.

Herr Prof. Dr. Hatje, vielen Dank, dass Sie sich Zeit für uns genommen haben. Warum sollte man Ihrer Meinung nach zur Europawahl gehen?

Weil das Europäische Parlament das einzig demokratisch legitimierte Organ auf europäischer Ebene ist, das einzig direkt legitimierte Organ und insofern die Volksvertretung in Europa.

Wie viel Einfluss hat das Europäische Parlament denn überhaupt?

Das Europäische Parlament hat deutlich mehr Einfluss als die meisten Menschen glauben. Es ist heute in der Mehrzahl der Gesetzgebungsverfahren gleichberechtigt beteiligt und kann die europäischen Gesetze stoppen, die es nicht haben möchte. Insofern hat das Europäische Parlament in der Gesetzgebung einen wichtigen Einfluss.

Entscheidend ist auch der Einfluss des Parlaments auf die Wahl des Kommissionspräsidenten, den man sicherlich juristisch nicht ganz korrekt, aber in der Funktion vergleichbar als den europäischen Regierungschef ansehen kann. Hier ist das Parlament beteiligt, wenn dieser europäische Kommissionspräsident und seine Kommission eingesetzt werden.

Was begeistert Sie an der Europäischen Union?

Mich begeistert der Versuch eines Kontinents, der, wie die Präambel des EGKS-Vertrages es plastisch beschreibt, über Jahrhunderte in blutigen Kriegen entzweit war – der großartige Leistungen, aber auch schreckliches Leid gesehen hat – dass dieser Kontinent es geschafft hat, friedlich über Schützengräben hinweg seine Zukunft zu ordnen, einen der stärksten Wirtschaftsräume der Welt zu schaffen, individuelle Freiheit zu sichern und Europa in der Welt zu einem handlungsfähigen Akteur zu machen.

Sehen Sie auch Nachteile?

Ein Problem der Europäischen Union ist die Rückbindung ihrer Entscheidungen an den Bürger. Das ist letztlich ein Problem ihrer demokratischen Legitimation im Sinne des Einflusses der Bürger auf die EU. Die EU ist eine weitere Ebene über den Mitgliedstaaten, in denen sich wiederum weitere Ebenen befinden. Wie etwa in Deutschland: Länder, Bund und dann noch die Europäische Union, in denen sich demokratische Verantwortung – und darum geht es im Kern der Demokratie, Verantwortung von Amtsträgern gegenüber den Bürgern – tendenziell verflüchtigt.



Die EU ist eine Organisation, die auf der einen Seite eine große Machtfülle hat, man kann auch sagen: Herrschaft ausübt, nicht mit einer negativen Konnotation, sondern schlicht verbindliche Entscheidungen trifft, aber auf der anderen Seite haben deren Repräsentanten gegenüber dem Bürger keine unmittelbare personale Verantwortung mehr.

Und zudem ist die EU eine Organisation, die es Mitgliedstaaten erlaubt, Entscheidungen, die sie innerstaatlich nicht durchsetzen können, in Verhandlungen in teilweise eben nicht öffentlichen Gremien wie dem Ministerrat doch noch zu treffen. Jüngstes Beispiel: Das Verbot bestimmter Arten von Glühbirnen. Es wurde erfolglos in Deutschland diskutiert, es gab massiven Widerstand – aber es wurde dann im so genannten Komitologieverfahren auf europäischer Ebene ohne ausdrückliche Beteiligung des Parlaments in nicht öffentlicher Sitzung letztlich beschlossen. Da sehe ich ein Problem.

Staatsrechtlich hat die EU – so unser Bundesverfassungsgericht in seiner letzten großen Entscheidung zum Maastricht-Vertrag – sicherlich die ausreichende demokratische Legitimation, aber das ist im Grunde genommen eine etwas blutleere Sicht auf das Problem. In der Sache dominiert glaube ich bei vielen Menschen das Gefühl, dass sie der Europäischen Union mehr oder weniger einflusslos ausgeliefert sind. Dieses, glaube ich, kann man dadurch ändern, dass man das Europäische Parlament in stärkere politische Verantwortung setzt und damit ein Organ stärkt, das die unmittelbare Rückkopplung an das Volk hat.

Und im Gegenzug den Ministerrat auch...

... in seinen Rechten einschränkt.

In Europa läuft nicht alles reibungslos. Man sieht dies zum Beispiel am Vertrag von Lissabon: Die Iren haben Nein gesagt, das tschechische Parlament stimmte dafür, aber der tschechische Präsident Klaus macht seine Unterschrift abhängig von den Iren und der auch noch ausstehenden Entscheidung unseres Bundesverfassungsgerichtes. Wie stehen die Chancen für den Lissabon-Vertrag?

Die Chancen sehe ich bei 50 zu 50. Wollen wir erst mal die Kandidaten nennen, an denen es aus meiner Sicht nicht scheitert.

Es wird nicht am Bundesverfassungsgericht scheitern. Das Bundesverfassungsgericht wird in seinem Urteil sicherlich gewisse Grundlinien zeichnen, die weitere Vertragsreformen begrenzen. Ich wäre auch nicht überrascht, wenn es insbesondere das Thema Demokratie ist, das hier eine Rolle spielt.

Die tschechische Republik hat alle innerstaatlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Präsident ratifizieren kann. Ich bin kein Kenner des tschechischen Verfassungsrechts, aber ich nehme mal an, dass die



Funktion des Präsidenten die ist, dass er dann auch letztlich ratifizieren muss, sodass er nur über den Zeitpunkt disponiert, aber nicht über das Ob.

Irland, da tue ich mich nun außerordentlich schwer, Prognosen abzugeben – auch die Signale von irischen Freunden und Kollegen sind eher diffus. Das halte ich also für immer noch nicht ausgemacht, dass die irische Bevölkerung zustimmt. Möglicherweise sind die geänderten Verhältnisse unter der Wirtschafts- und Finanzkrise ein Grund für Irland, sich enger in Europa einzubinden, weil dahinter die Erfahrung steckt, dass die erstmalige Einbindung, nämlich die Mitgliedschaft Irlands, letztlich für dessen Wirtschaftsaufschwung gesorgt hat. Aber das ist rein spekulativ, also 50 zu 50 die Chance, dabei bleibe ich auch nach allem, was man heute weiß.

Braucht die EU denn den Lissabon-Vertrag?

Das kommt darauf an, was Sie unter brauchen verstehen. Wenn Sie unter brauchen verstehen, dass sie ohne den Vertrag von Lissabon nicht weiter existieren kann, dann lautet die Antwort: Nein, dafür braucht sie ihn nicht. Der Vertrag von Nizza, mit dem wir jetzt arbeiten, ist nach meiner Auffassung besser als sein Ruf. Er enthält viele Weichenstellungen und Entscheidungsmöglichkeiten, die Erweiterungen im Sinne des neuen Vertragswerks erlauben.

Nur ein Beispiel: Der Vertrag von Nizza sieht schon vor, dass die Europäische Kommission verkleinert wird, also man kann es schon auf der Basis des jetzigen Vertrages machen. Was der Vertrag von Nizza aber nicht regelt, sind Inkonsequenzen und Unübersichtlichkeiten in den Zuständigkeitsvorschriften.

Was der Vertrag von Nizza noch enthält, ist die mittlerweile von allen als zweckfremde und zweckwidrig erkannte Aufgliederung von politischen Materien in Säulen – also einmal europäische Gemeinschaft, dann Außen- und Sicherheitspolitik sowie polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen.

Das ist eine Trennung, die heute zu merkwürdigen Ergebnissen führt. In der politischen Praxis, in der institutionellen Praxis, also schon von der Handhabung der Vertragsgrundlagen wäre Nizza nicht optimal, aber wie gesagt – die EU würde weiter funktionieren, da muss man sich auch nicht ins Bockshorn jagen lassen.

Wir brauchen Lissabon, um erstens das politische Signal zu haben, dass die EU noch zu einer Gemeinschaftsleistung fähig ist. Zweitens, um die EU als eine einheitliche völkerrechtliche Handlungseinheit zu etablieren, die sie heute noch nicht ist. Und drittens um eine ganze Reihe von Reformen umzusetzen, also Veränderungen vorzunehmen, die in der Summe einer erweiterten Union mehr Handlungsmöglichkeiten bieten, aber auch dem Bürger mehr Schutz vor etwaigen Handlungsüberschüssen des europäischen Gebildes bieten.

Vielen Dank für die Einschätzung und das Gespräch.

Es handelt sich um die gekürzte und überarbeitete Fassung eines [Interviews im Jura Magazin](#).